

## Recht auf Stadt - Inputreferat Vernetzungstreffen - Centro Sociale, 15.9.09

Wer bei einem bekannten Internetbuchhändler nach einem Stadtplan für New Orleans sucht, dem wird als erstes der meistverkaufte Plan von New Orleans angeboten. Dieser ist - weitere Klimakatastrophen schon mal vorwegnehmend - auf wasserabweisendem Papier gedruckt; Die Buslinien sind nicht eingezeichnet und die großen afroamerikanischen Arbeiterviertel im Osten der Stadt sind darauf gar nicht erst zu finden. Sie existieren auf dieser Karte nicht. Dieses Beispiel zeigt, dass das, was als Stadt gesehen und definiert wird, selbst Produkt gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist. Wie wird die Stadt präsentiert und wer wird als Bewohner\_innen eingeschlossen und wer eben nicht?

Wir brauchen gar nicht erst in die USA schauen, um zu sehen, dass nicht alle den gleichen Zugang zu Stadt haben. Ein Blick ins Schanzenviertel genügt. Wer dort in der Susannenstraße über den Gehweg - den so genannten „Bürgersteig“ - gehen will, der hat Probleme, da die ganzen Restaurants und Cafés zunehmend in den öffentlichen Raum expandieren und sich hier ungefragt ihr Recht auf Stadt nehmen. Hier darf nur sein, wer konsumiert und alle anderen haben bitteschön aus dem Weg zu gehen. Auch die Möglichkeiten für einen freien Zugang zur Elbe sind rar geworden. Allenfalls gibt es noch kleine Sichtfenster zwischen den Bürogebäuden und Eigentumswohnungen. Bei dem „Recht auf Stadt“ geht es darum, dass alle Menschen, die in einer Stadt leben, das Recht haben sollen zu entscheiden, wie das städtische Leben gestaltet werden soll. Derzeit werden diese Entscheidungen nur von einigen wenigen gefällt: von der Politik, den Stadtentwicklern, den Investoren und einer kleinen Klasse von Wohlhabenden. *Sie* haben das Recht auf die Städte. Die verglasten Blöcke in der Hafencity und entlang der Elbe sind *ihre* zementierten Visionen von Stadt und nicht diejenigen aller Bewohner\_innen.

Der US-amerikanische Geograph David Harvey, der im Juli in Hamburg zu Besuch war, spricht daher auch davon, dass wir uns das Recht auf Stadt zurückerobern und es zu einem Recht aller Menschen machen müssen. Dazu muss man im Hinterkopf behalten, dass die neoliberale Stadt in den letzten zehn, 15 Jahren eine massive Umverteilung von Reichtum von unten nach oben mit sich gebracht hat: Deregulierung, Steuergeschenke für Unternehmen, Privatisierung und der Ausverkauf von öffentlichen Gütern, um hier nur einige Stichworte zu nennen.

Das Recht auf Stadt ist kein Recht im bürgerlichen Sinne, das man vor einem Gericht einklagen könnte. Jeder hat ein Recht auf Stadt, unabhängig von seinem sozialen Status, seiner Nationalität oder von dem, was er im Portemonnaie hat. Es ist ein Recht, das sich jede/r nehmen kann, indem er oder sie für eine soziale Stadt kämpft. Wenn also die Künstler\_innen im Gängeviertel, der Vorwerkstift oder der Verein GartenKunstNetz Gelände und Gebäude besetzen, dann ist das in ganz ursprünglicher Form die Aktivierung eines Rechts auf Stadt: Es ist die Aneignung von Stadt. Auch soziale Bewegungen in Brasilien, den USA, Argentinien und nehmen sich ihr Recht auf Stadt: Sie besetzen leer stehende Spekulationsobjekte, Grundstücke und Fabriken.

In der brasilianischen Verfassung ist sogar ein „Recht auf Stadt“ verankert, das in weiten Teilen zwar nicht umgesetzt wird, für dessen Implementierung diverse

Initiativen jedoch kämpfen. Vor drei Jahren hat sich in den USA eine politische Plattform unter dem Slogan „Right to the City“ ([www.righttothecity.org/](http://www.righttothecity.org/)) gebildet. In New York fordert die Right to the City Alliance z.B. die Umwandlung von leer stehenden Häusern in Sozialwohnungen für Obdachlose. Dieses Bündnis ist übrigens äußerst heterogen zusammengesetzt: von Antigentrifizierungs- und Obdachlosengruppen, über soziale Initiativen bis hin zu Schwulen- und Lesbenorganisationen. Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ lassen sich also viele verschiedene Kämpfe auch international bündeln. Das macht die Stärke des Begriffes aus, da er einen Ansatzpunkt für soziale Kämpfe bietet.

Neben „Aneignung“ ist noch ein anderer Begriff wichtig: der der Umverteilung. Ein städtisches Programm, das tatsächlich die Menschen und ihre Bedürfnisse an die erste Stelle setzt und eben nicht die Ökonomie, wird das neoliberale System nicht von sich aus hervorbringen. Schließlich geht es um die heiligste Kuh der Privatwirtschaft überhaupt: den Besitz von Boden und Immobilien. Alexander Mitscherlich hatte bereits in den 1960er Jahren die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ beklagt, und dies zum einen an den Eigentumsverhältnissen festgemacht, aber auch an der sozialen Isolation. Je unlebendiger eine Stadt ist, umso mehr ziehen sich die Menschen in ihre privaten Räume zurück. Die Einsamkeit hinter monotonen Fassaden nimmt zu. Sich das Recht auf Stadt zu nehmen heißt also auch, raus zu gehen, die Vereinzelung aufbrechen und in Kontakt zu treten.

Die Frage, die viele beschäftigt ist: In welcher Stadt wollen wir eigentlich wohnen? Eine idealtypische Stadt könnte man sich so vorstellen: Alle Bewohner\_innen setzen sich zusammen, um zu beraten, wie ihre Stadt der Zukunft aussehen soll: Soll es Autoverkehr geben? Sollen Industrie- und Wohngebiete nebeneinander liegen? Wie viel Platz soll jede/r Einzelne bekommen? Wie grün und ruhig soll die Stadt sein? Wichtig ist: Verhandlungsgrundlage für diese Stadt im radikaldemokratischen Sinn ist, dass niemand weiß, wo er oder sie am Ende wohnen wird. Wer sich also für ein Ikea in Altona ausspricht, um mal konkret zu werden, oder für eine Autobahn für Wilhelmsburg, der kann nicht sicher sein, ob er oder sie nicht später dort wohnen wird. Dies klingt utopisch und ist es derzeit auch.

Aber: Wenn sich immer mehr Menschen das Recht auf Stadt nehmen, verändert sich nicht nur die Stadt. Durch die gemeinsamen Diskussionen über Stadt werden sich auch die Bewohner\_innen der Stadt ändern. Diese Stadt der Zukunft wäre sicher keine konfliktfreie, jedoch eine wesentlich gerechtere und kommunikativere. Nehmen wir uns also das Recht auf Stadt. Es gibt viel für uns zu gewinnen - und ich meine das nicht im ökonomischen Sinn.

Nicole Vrenegor